

Martin Börschel (SPD) Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung hat heute den Nachtragshaushalt mit einer Ergänzung vorgelegt, der vor allem Folgendes ist: Ihre Bilanz von fünf Jahren schwarz-gelber Regierung in Nordrhein-Westfalen, Ihre Bilanz des Scheiterns.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN - Bernd Krückel [CDU]: Lächerlich!)

Ich sage auch ganz bewusst: Er ist Ihre Bilanz des Tarnens und Verschleierns.

Sie haben im Haushalt für das Jahr 2010 die Verschuldung mit 6,6 Milliarden € bewusst niedrig angesetzt, um über den Wahltag zu kommen. In Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wussten Sie ganz genau, dass die Neuverschuldung auch unter Ihrer Regierung auf eine ähnliche Größenordnung angestiegen wäre

(Christian Weisbrich [CDU]: Das ist doch nicht wahr! Schauen Sie mal, wie das bei uns gelaufen ist! - Der Abgeordnete hält eine Grafik hoch.)

wie diejenige, die jetzt Landesfinanzminister Walter-Borjans vorlegt. Sie wollten sich aber über die Wahl mogeln. Das ist Ihnen zum Glück von den Wählerinnen und Wählern nicht

abgenommen worden. Das ist Ihnen misslungen, sehr geehrte Damen und Herren von CDU und FDP.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie wussten zum Beispiel ganz genau, dass der Versorgungsfonds NRW für die Beamtenpensionen eine enorme Lücke aufweist. Wir beschließen jetzt die ehrliche Zahl.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Sie haben vollmundig Lehrerstellen versprochen, aber das Geld dafür vergessen. Wir halten jetzt Ihre Versprechen.

Sie haben die WestLB-Vorsorge eingerichtet, aber nicht ausreichend dotiert. Das korrigieren wir jetzt.

Sie haben vom Verfassungsgerichtshof mehrere Male deftige Klatschen bekommen, zum Beispiel wegen der Einheitslastenabrechnung oder auch wegen des Kinderförderungsgesetzes. Wir zahlen nun auch hier Ihre Zeche.

(Beifall von der SPD)

Die Liste an Beispielen ließe sich fast beliebig fortsetzen. Auf den kommunalen Anteil wird Kollege Herter gleich noch in der zweiten Runde näher eingehen. Aber schon jetzt kann man festhalten: Dieser Nachtragshaushalt ist Ihre katastrophale Schlussbilanz von Schwarz-Gelb. Das bleibt so, und das ist so.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir müssen einräumen - darauf hat Kollege Weisbrich so ziemlich als einzigen Punkt zu Recht hingewiesen -, dass die Kreditobergrenze der Landesverfassung überschritten wird. Bevor sich jetzt Johlen andeutet, sage ich: Das wäre übrigens auch bei Ihrem Haushalt der Fall gewesen. Selbst Ihr Tarnhaushalt von 6,6 Milliarden € Neuverschuldung hätte die Kreditobergrenze in der Verfassung gerissen.

Wir müssen also - das ist so weit korrekt - die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststellen. Das hat die Regierung in mehreren Runden im Haushalts- und Finanzausschuss und auch schon hier im Plenum getan.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Die Experten im HFA waren sich einig, dass das keine juristische, sondern eine ökonomische Frage ist. Ich will nicht alle Einzelheiten wiederholen, sondern der Vollständigkeit halber auf die Ausführungen der Landesregierung und auf die ökonomischen Sachverständigen insbesondere vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung verweisen. Im Namen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen möchte ich erklären, dass wir uns diese Ausführungen ausdrücklich zu Eigen machen.

Die Maßnahmen sind - das ist in der Anhörung ebenfalls deutlich geworden - zur Abwehr der Störungslage auch geeignet.

(Beifall von Marc Herter [SPD])

Hier möchte ich nur einige Belege bringen, um nicht alles aus der Sitzung des HFA zu wiederholen. Die kommunalen Spitzenverbände beispielsweise bestätigen, dass die Zuwendungen an die Kommunen in erster Linie investiv verwendet werden, also konjunkturrelevant sind. Sie tragen demnach positiv zur Abwehr der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts bei. Das ist belegt.

(Zurufe von Christian Weisbrich [CDU] und Christian Möbius [CDU] - Bodo Löttgen [CDU]: Wider besseres Wissen!)

Wer aus Ihren Reihen auch nur noch einigermaßen eine kommunale Verortung hat, müsste das auch zugeben. Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Städten und Gemeinden sagen das doch tagein, tagaus. Nehmen Sie endlich die Realität wahr.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zum WestLB-Fonds. Das ist zugegebenermaßen ein bisschen kompliziert. Aber wer sich der Realität nicht verweigert, sondern ordentlich zuhört, was die Experten sagen, kann eines festhalten:

(Ulrich Hahnen [SPD]: Die wollen nicht zuhören!)

Kein einziger Experte kann Ihnen garantieren, dass die Ausfälle im Risikoschild nicht kommen.

(Christian Möbius [CDU]: Wann?)

- Keiner kann Ihnen garantieren, Herr Kollege Möbius, wann Sie kommen. Das ist völlig richtig.

Wenn wir also jetzt für die höhere Dotierung - das sage ich ganz ausdrücklich - des von Ihnen übrigens schuldenfinanziert eingerichteten Fonds dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen jederzeit handlungsfähig bleibt, stabilisieren wir das Finanzsystem. Wenn wir das Finanzsystem stabilisieren, stabilisieren wir auch die Gesamtwirtschaft. Wenn wir die Gesamtwirtschaft stabilisieren, leisten wir einen Beitrag zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. So einfach ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Denn auch das haben die Ökonomen bestätigt.

Wir stellen also fest: Sie lassen sich von diesen und von allen anderen bisher vorgetragenen Argumenten nicht leiten und nicht überzeugen. Sie kündigen sogar wiederholt eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht an. Ich frage Sie: Warum stellen Sie heute keinen einzigen Änderungsantrag zum Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wenn Sie das alles so schlecht finden?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist blamabel. Das ist ein Abschied aus Ihrer Rolle als Opposition.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie stellen keinen einzigen Änderungsantrag. Das einzige, was Sie vorlegen, ist ein Entschließungsantrag. Sie wissen aber genauso gut wie wir, dass ein Entschließungsantrag den Haushalt nicht ändert.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Damit verabschieden Sie sich. Damit machen Sie Klamauk. Damit veranstalten Sie Politikzirkus, Herr Kollege Weisbrich, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Es kommt auf die Änderungen zum Haushalt an.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dabei will ich ganz offen und ehrlich sagen: Es wäre für eine Opposition niemals leichter gewesen, den Haushalt zu verändern, als bei einer Minderheitsregierung. Wir werden gleich noch hören, dass Sie doch sogar in Teilen identische Positionen haben. Übrigens setzen Sie, insbesondere von CDU und FDP, sich damit selbst ins Unrecht, denn den WestLB-Fonds haben Sie schuldenfinanziert eingerichtet und dotiert. Wenn Sie das jetzt vor dem Verfassungsgerichtshof anklagen wollten, setzten Sie sich damit selbst ins Unrecht.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Aber lassen wir das beiseite. Wir merken auch beim Jugendmedienschutzstaatsvertrag und anderen Dingen, dass Ihnen Ihr Geschwätz von gestern offenkundig völlig egal ist. Sie sagen einfach: Koste es, was es wolle. Wir machen die Politik heute.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Warum stellen Sie dann keinen Antrag auf Streichung der WestLB-Risikovorsorge? Warum stellen Sie diesen Antrag nicht?

(Zuruf von der CDU: Sie brauchen dem Entschließungsantrag nur zuzustimmen!)

Oder warum stimmen Sie nicht wenigstens dem Antrag der Linken zu, die WestLB-Risikovorsorge um 350 Millionen € abzusenken?

(Beifall von der LINKEN)

Der Antrag ist doch im Raum. Stimmen Sie ihm doch zu! Sie von CDU und FDP sind doch derselben Meinung – jedenfalls seit Neuestem – wie die Linke.

(Vorsitz: Vizepräsident Gunhild Böth)

Sie entlarven sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit als unglaublich. Sie veranstalten Politikzirkus und verabschieden sich von seriöser Politik.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Das müssen wir hier und heute im Parlament feststellen.

Es gibt das Primat der Politik. Wer also keinen ernsthaften Versuch der Veränderung auf parlamentarischem Weg unternimmt und trotzdem klagt, verhöhnt das Verfassungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen. Das will ich Ihnen ausdrücklich ins Stammbuch schreiben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben, da Sie keinen Versuch der Veränderung unternehmen, das politisch-moralische Recht auf Kritik verwirkt. Sie wollen das Verfassungsgericht Ihre Arbeit machen lassen, liebe Kollegen von CDU und FDP. Das ist unparlamentarisch und nicht in Ordnung. Dafür werden Sie die Kritik bekommen.

Eigentlich bleibt nur die Frage, warum Sie das machen. Warum gehen Sie so vor? Warum stellen Sie keine Anträge und ergehen sich gleichzeitig in Fundamentalkritik?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben Angst!)

Da bleibt nur eine Erklärung übrig: Sie haben es sich in der Opposition bequem gemacht. Sie sind eine Art Schaukelstuhl-Opposition geworden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich sehe das Bild geradezu vor mir, wie der Fraktionsführer Karl-Josef Laumann im Schaukelstuhl sitzend,

(Karl-Josef Laumann [CDU] schüttelt mit dem Kopf.)

eine Pfeife im Mundwinkel, Decke über den Knien, abends am Kaminfeuer seinen Enkeln erzählt, dass früher alles besser war,

(Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

dass die Regierung heute nur Fehler macht und dass er selbst in Düsseldorf Heldentaten vollbringt und große Schlachten schlägt. Das ist Ihre Mär von Ihrem Handeln in Düsseldorf und im Parlament.

(Widerspruch von der CDU)

Die Kämpfe hingegen, von denen Sie, Herr Laumann, Ihren Enkeln erzählen, sind rein virtuell. Denn Sie haben es aufgegeben, die Wirklichkeit verändern zu wollen. Das ist Ihr Problem.

(Zurufe von der CDU)

In Wahrheit wollen Sie gar nicht regieren. Sie haben Ihren Gestaltungsanspruch aufgegeben. Parteivorsitzender Röttgen spielt lieber mit Mutti in Berlin. Laschet ist geschwächt und im Wesentlichen nicht zu sehen.

(Manfred Palmén [CDU]: Alles Phrasen!)

Wittke muss sich um das Intrigantenstadl an der Wasserstraße kümmern. Krautscheid macht die Biege. Und, wie eben schon gesagt, Laumann sitzt im Schaukelstuhl und schaut lieber zu, wie Opposition virtuell geht.

(Zurufe von der CDU)

Das ist die blamable Wahrheit. Das ist ein Armutszeugnis. Das ist ein jämmerliches Bild. Deswegen bleibt uns heute nur, den Nachtragshaushalt, den die Regierung vorgelegt hat, zu beschließen.

(Ralf Witzel [FDP]: Rechtswidrig! Verfassungswidrig!)



Er ist Ihre katastrophale Schlussbilanz. Das tut weh. Tun werden wir es trotzdem. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

